Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5007

19. 06. 96

Antrag

der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Michaele Hustedt, Vera Lengsfeld und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umfassender Schutz für Meeressäuger

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vom 24. bis 28. Juni 1996 wird die Internationale Walfang-Kommission (IWC) zu ihrer 48. Konferenz in Aberdeen zusammenkommen. Die IWC-Konferenzen der vergangenen Jahre waren immer wieder geprägt von Debatten um die Aufrechterhaltung, Ausweitung oder Lockerung des Walfang-Moratoriums von 1986. Begründet wurde das Moratorium mit der rapiden Abnahme der jeweils bejagten Populationen bis hin zur massiven Bedrohung des Fortbestandes einzelner Arten. Einige Staaten sind jedoch der Auffassung, daß sich die Bestandszahlen inzwischen soweit erholt haben, daß ein kommerzieller Walfang für einzelne Arten wieder erlaubt werden kann. Die Frage der wissenschaftlich fundierten Ermittlung der Walbestände ist jedoch nach wie vor umstritten. Die im vergangenen Jahr von Norwegen fehlerhaft berechneten Bestandszahlen der Minkewale im Nordatlantik sind nur ein Beispiel für die bislang unzulängliche Erfassung der tatsächlichen Bestandszahlen.

Neben den kommerziellen Interessen am Walfang sind die Meeressäuger mehr und mehr durch vom Menschen verursachte, globale Umweltveränderungen bedroht. Wurden diese Faktoren bisher isoliert betrachtet, so warnen Wissenschaftler nun vor dem Zusammenbruch mariner Ökosysteme durch ein Zusammenspiel der verschiedenen Schadfaktoren:

- Nach Prognosen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wird der anthropogene Treibhauseffekt zu einer Klimaerwärmung um 1,5 bis 4,0 °C innerhalb des nächsten Jahrhunderts führen,
- durch das Abschmelzen der Polkappen wird es zu einer Veränderung der Meeresströmungen kommen,
- die Eutrophierung der Meere führt immer häufiger zu giftigen Algenblüten,
- der Eintrag organischer Schadstoffe ist unverändert hoch und schwächt das Immunsystem der Meeressäuger,
- chemische Substanzen mit hormoneller Wirkung beeinträchtigen die Fortpflanzungsfähigkeit der Wale,

– die verstärkte UV-B-Einstrahlung infolge des Ozonlochs vermindert die Primärproduktion von Phytoplankton und Krill,

– die Nahrungsgrundlage der Meeressäuger wird durch die starke Überfischung der Meere dezimiert.

Aufgrund dieser vielfachen, zerstörerischen Einwirkungen auf die Lebensräume der Meeressäuger werden diese in Zukunft nicht allein durch ein Fangmoratorium zu schützen sein. Vielmehr ist den Umweltproblemen in Zukunft verstärkt Beachtung zu schenken, um das Überleben der Meeressäuger zu ermöglichen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die Bundesregierung möge sich bei der diesjährigen IWC-Konferenz in Aberdeen dafür einsetzen, daß

– die Ergebnisse der IWC-Workshops vom März 1995 und März 1996 sowie neueste wissenschaftliche Erkenntnisse über die Einflüsse von Schadstoffen und Klimaveränderungen auf die Walbestände hinreichend diskutiert werden,

– die Bedrohung der Lebensräume der Meeressäuger durch die globalen anthropogenen Umweltveränderungen künftig als zentrale Tagesordnungspunkte der IWC zu erörtern sind,

– die IWC die Verantwortlichkeit für den Schutz der Meeressäuger vor den existenzbedrohenden Veränderungen der marinen Umwelt für sich beansprucht und daß dieser Anspruch international anerkannt wird,

– umgehend mit Verhandlungen über bindende Vereinbarungen zum wirksamen Schutz der natürlichen Lebensräume der Meeressäuger begonnen wird,

– das auf der IWC-Jahrestagung 1995 in Dublin beschlossene Verfahren der Bestandesschätzung konsequent in der Praxis angewendet und von unabhängigen Wissenschaftlern kontrolliert sowie für die einzelnen Walarten spezifisch weiterentwickelt wird,

– die Ansprüche einzelner Länder bzw. Volksgruppen auf Walfang aus traditionellen, kulturellen Gründen einer kritischen Prüfung unterzogen werden, damit nicht Präzedenzfälle geschaffen werden, die die Tür für kommerzielle Walfanginteressen öffnen,

– ein effektives Kontroll- und Beobachtungssystem für das „revidierte Bewirtschaftungsverfahren" festgeschrieben und ein für alle Vertragsstaaten verpflichtendes Exportverbot für Walfleisch – bei Ausschluß des Rechts auf Vorbehalt – erlassen wird, bevor eine Überprüfung des Moratoriums diskutiert wird.

Bonn, den 12. Juni 1996

Steffi Lemke
Ulrike Höfken
Michaele Hustedt
Vera Lengsfeld
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333